



Donald Trumps jüngste Reise durch den Nahen Osten hat weniger diplomatische Akzente gesetzt als vielmehr eine Debatte über ethische Grenzen in der US-Außenpolitik entfacht. Besuche in Saudi-Arabien, Katar und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) wurden begleitet von spektakulären Geschenken, milliardenschweren Verträgen und einer demonstrativen Nähe zu autoritären Regimen. In der politischen und medialen Landschaft der Vereinigten Staaten und weltweit sorgt der präsidiale Trip für Unruhe – und für rechtliche Fragen.

Die Auswahl der besuchten Länder ist nicht zufällig: Alle drei gelten als geopolitisch einflussreiche Akteure, verfügen über enorme finanzielle Ressourcen und stehen regelmäßig wegen ihrer Menschenrechtslage in der Kritik. Trumps Reise war von Beginn an kein gewöhnlicher Staatsbesuch, sondern ein sorgfältig inszeniertes Projekt persönlicher Machtausweitung und ökonomischer Interessen.

### Ein Jet als diplomatisches Minenfeld

Im Zentrum der aktuellen Kontroverse steht ein außergewöhnliches Geschenk des katarischen Königshauses: Ein luxuriös ausgestatteter Boeing 747-8 Jumbojet im Wert von rund 400 Millionen US-Dollar. Trump kündigte an, das Flugzeug zeitweise als Alternative zur offiziellen „Air Force One“ nutzen zu wollen. Später solle es Teil seiner geplanten Präsidentenstiftung werden.

Während Trump selbst das Geschenk als „Zeichen strategischer Partnerschaft“ darstellt, kritisieren politische Beobachter und Mitglieder des US-Kongresses die Annahme als potenziell verfassungswidrig. Die sogenannte „Emoluments Clause“ der US-Verfassung untersagt es Amtsträgern, Geschenke von ausländischen Regierungen ohne Zustimmung des Kongresses anzunehmen. Senator Ted Cruz sprach von einem „gefährlichen Präzedenzfall“ und warnte vor möglichen Spionagerisiken durch katarische Technik an Bord. Auch Demokraten wie Adam Smith forderten eine umfassende Untersuchung und warnten vor einer „tiefgreifenden Unterwanderung ethischer Standards“.

### Der Preis der Partnerschaft

Trumps Reise brachte nicht nur symbolische Gesten, sondern auch konkrete Deals hervor. In den Vereinigten Arabischen Emiraten unterzeichnete er ein Abkommen im Umfang von 1,4 Billionen Dollar zur Förderung der US-amerikanischen KI-Industrie. Die Details des Pakets bleiben vage, doch umfasst es offenbar Investitionen in Forschungseinrichtungen, Rechenzentren sowie Austauschprogramme für Hochtechnologiefachkräfte.



Parallel dazu wurden Waffengeschäfte mit Katar und den VAE im Umfang von zusammen 3,5 Milliarden US-Dollar angekündigt. Die Lieferungen sollen modernste Kampfdrohnen, Luftabwehrsysteme und Munition umfassen. Im US-Senat stieß dies auf Widerstand: Mehrere Senatoren reichten Resolutionen ein, um die Exporte zu blockieren. Ein weiterer Vorwurf lautet, dass Trumps Familie und sein wirtschaftliches Umfeld direkt von den Vereinbarungen profitieren könnten – eine Neuauflage jener Interessenkonflikte, die bereits während seiner ersten Präsidentschaft diskutiert wurden.

## Nähe zur Macht – ohne Kritik

Auffällig war Trumps demonstrative Wertschätzung gegenüber den autoritären Herrschern der Region. In Riad lobte er Kronprinz Mohammed bin Salman für dessen „klare Vision“ und betonte die „unverzichtbare Rolle“ Saudi-Arabiens für die Stabilität im Nahen Osten. Auch gegenüber Katar und den VAE verzichtete Trump auf jegliche öffentliche Kritik an Menschenrechtsverletzungen, Zensur oder der Unterdrückung von Opposition. Diese Haltung steht im klaren Widerspruch zur traditionellen US-Außenpolitik, die zumindest rhetorisch demokratische Werte und Rechtsstaatlichkeit betont. Für Trump jedoch scheint die Stabilität autokratischer Regime als politische Garantie attraktiver zu sein als fragile Demokratien – eine Sichtweise, die nicht nur moralische Fragen aufwirft, sondern auch geopolitische Risiken birgt.

## Ein Fall für den Kongress – und die Geschichte

Die politische Debatte in Washington konzentriert sich nun auf zwei zentrale Fragen: Erstens, inwieweit Trump gegen geltendes Recht verstoßen hat – insbesondere die Emoluments Clause. Und zweitens, welche Auswirkungen seine Handlungen auf die außenpolitische Glaubwürdigkeit der USA haben könnten. Im Kongress wurden von Demokraten bereits erste Anhörungen angekündigt. Auch republikanische Stimmen fordern mehr Transparenz.

In der Öffentlichkeit verstärkt sich der Eindruck, dass Trumps außenpolitisches Handeln primär der eigenen Vermarktung dient. Der Begriff „Trump-First“-Politik macht erneut die Runde: Ein außenpolitisches Paradigma, das nationale Interessen mit persönlichen Vorteilen verschränkt – und dabei die institutionelle Integrität des Präsidentenamtes untergräbt.

Das politische Amerika steht vor einer schwierigen Aufgabe: Die Balance zwischen rechtlicher Aufarbeitung, institutionellem Schutz und außenpolitischer Schadensbegrenzung muss neu austariert werden. Trumps Nahost-Reise wird dabei als Testfall in die politische Geschichte der Vereinigten Staaten eingehen – ein Lehrstück über die Fragilität ethischer Normen in



einer Ära personalisierter Machtpolitik.

Von Andreas Brucker